

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Christlich-Deutscher)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22A.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 70.

Berlin, Sonnabend, 30. August 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis:

Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände — Reichssubvention für Landbevölkerung. — Ein gelber Schwärzer. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkschafts-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

## Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände.

Der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter hatte den anderen Bergarbeiterorganisationen den Vorschlag unterbreitet, eine Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen, um die Wünsche der Bergarbeiter leichter durchzusetzen und den mächtigen Unternehmern gegenüber stark zu sein. Die zu dieser Arbeitsgemeinschaft aufgerufenen Verbände, alter Verband und Gewerksverein der Bergarbeiter, haben dieses Ansuchen aber abgelehnt, weil sie zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter kein Vertrauen haben. Dieses Mißtrauen ist u. a. die Folge des Verhaltens des christlichen Gewerksvereins beim Streik 1912 im Ruhrgebiet. Vor diesem Streik hatten wiederholt gemeinschaftliche Besprechungen der Bergarbeiterorganisationen stattgefunden, und im Anfang war man der Meinung, daß wenn es zu einem Streik käme, alle drei Organisationen zusammenstehen würden. Als es aber dann zum Streik kam, machten die Christlichen nicht mit, was ihnen von der übrigen Arbeiterschaft als Streikbruch angerechnet wurde. Wenn jetzt die Christlichen zu einer Arbeitsgemeinschaft aufrufen gegen das „rückwärtssteigende Scharfmachertum“, wie es in ihrem Aufruf heißt, so war man über diese rasche Wandlung auch in Unternehmungskreisen sehr überrascht. Der Versuch einer „Anbiederung an die rote Internationale“ mißfiel auch der Zentrumspresse, die nicht weniger über den plötzlichen Stimmungswandel des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter überrascht war.

Durch das Verhalten der Christlichen beim Streik 1912 im Ruhrgebiet hat diese Organisation fast in der ganzen Arbeiterschaft ihre Sympathien eingebüßt. Den schlechten Eindruck suchte man wieder zu verwischen durch radikale Töne, die im Saar- und Ruhrgebiet und in Oberschlesien angeschlagen wurden. Da der christliche Gewerksverein aber in diesen Bewegungen kein Ansehen nicht verbessern konnte, so versucht er es jetzt mit dem Vorschlag auf Herbeiführung einer Arbeitsgemeinschaft der bestehenden Bergarbeiterverbände. Dieser auffällige Stimmungswandel soll seine Ursache haben in der Neubewertung des Postens eines Vorsitzenden im christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter. Von diesem neuen Vorsitzenden, Bogelwang, den man in der Arbeiterschaft „Geheimrat“ nennt, weil er sich vor Jahren in Bad Neuenahr als „Geheimrat“ ins Fremdenbuch eingetragen haben soll, dürfte der Aufruf zur Arbeitsgemeinschaft ausgegangen sein.

Der Gedanke einer solchen Arbeitsgemeinschaft entspricht an sich durchaus den Grundgedanken der Deutschen Gewerksvereine, weil nur eine einheitliche geschlossene Arbeiterbewegung Macht und Einfluß ausüben kann. Jede Zerstückelung in partei- und kirchenpolitischen Interessen schaden der Arbeiterschaft. Man muß aber die Zuversicht haben können, daß die Christlichen es endlich meinen. 1905 haben die Verbände den Kampf gemeinsam geführt und damit in den weitesten Kreisen, auch außerhalb der Arbeiterschaft, viel Sympathie gefunden. 1908 aber lehnte der christliche Gewerksverein den Bergarbeiterkongreß ab und 1910 setzte er sich der gemeinsamen Lohnbewe-

gung entgegen und demüßigte die anderen gemeinamvorgehenden Arbeiterverbände der politischen Mandatsträger. Das Verhalten von 1912 ist auch noch nicht vergessen. Die Bergarbeiterorganisationen wünschen daher, daß der christliche Gewerksverein zunächst seine Bindnistreue beweisen müßte, bevor man auf seinen Vorschlag auf Einführung einer Arbeitsgemeinschaft eingehen könne. Der christliche Gewerksverein kennt kein Schuldregister und sagte deshalb in einer neuen Erklärung, man sollte doch endlich einsehen, daß sich gegebene Tatsachen nicht aus der Welt schaffen ließen. Zu diesen gehöre auch, daß mehrere Organisationen beständen und daß im Interesse der Bergleute ein vernünftiges Zusammenarbeiten notwendig sei. Das Zusammenarbeiten sei auch möglich, wenn dafür nur der gute Wille vorhanden sei. Zusammenarbeiten heiße, daß gemeinsam geschafft werden soll. Ein Zusammenarbeiten sei aber unmöglich, wenn von einer Seite verlangt werde, daß der andere seine Grundsätze aufgeben oder sich bedingungslos unterwerfe. Das sei dann kein Zusammenarbeiten, sondern eine Diktatur des einen über den anderen.

Der erste Aufruf war in so scharfen Ausdrücken gegen die Unternehmer abgefaßt, daß man in diesem Zusammenarbeiten nur eine gemeinsame Kampfgemeinschaft erblicken konnte. War das ernst gemeint? Die beschriebenen Vorgänge in der Vergangenheit lassen das nicht erkennen. Keine Organisation wird der anderen ernstlich zumuten wollen, ihre unterschiedliche Eigenheit der anderen zu opfern. Arbeiterorganisationen haben die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und nicht parteipolitischen oder kirchenpolitischen Interessen zu dienen. Diese Eigenheiten müssen im Interesse der Arbeiter hüten werden. Hat doch jeder Arbeiter in den politischen Vereinen die Möglichkeit und auch die Pflicht, sich zu betätigen, und jeder Arbeiter ist auch in der Lage, seine religiösen Bedürfnisse in seinen Religionsgemeinschaften zu befriedigen. Mit den eigentlichen Aufgaben der Arbeiterbewegung haben diese, wenn auch noch so wichtigen Dinge nichts zu tun. Eine Arbeitsgemeinschaft wäre also nur möglich auf dem Boden der partei- und kirchenpolitischen Neutralität, wie ihn die Deutschen Gewerksvereine vorbereitet haben.

Karl Goldschmidt.

## Reichssubvention für Landbevölkerung.

Die Abwanderung der Arbeiter vom Lande findet eine interessante Erklärung in einer Rede, die ein ostpreussischer praktischer Landwirt, Amtsrat Kayser-Kalininburg in der „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ bereits im Februar d. J. gehalten hat. Die „Frankf. Ztg.“ hat diese Rede, die abgedruckt wurde im Mit-Vande des Jahrbuchs der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, eines angesehenen Werkes, aus Licht gezogen, wo für man dem Blatte dankbar sein muß.

Herr Amtsrat Kayser führt in diesem nützlichen Vortrage sehr anschaulich den Nachweis, daß der ausländische Wanderarbeiter bei uns eine Subvention von 200 Mk. jährlich erhält — was ja für den „Sinn der nationalen Arbeit“, den wir mit unserer Wirtschaftspolitik angeblich treiben, in der Tat eine kostbare Illustration bedeutet.

Der Redner ging davon aus, daß in den achtziger Jahren, als die Grenzen für die russischen Polen und Galizier geschlossen waren, die deutschen Landarbeiter eine starke Vermehrung erfuhren. Es bildete sich damals die deutsche

Wanderarbeiterschaft der deutschen Schnitter, die Sachfengängerei, so genannt, weil die sächsischen Landwirtschaft, die Zuckerrübenbau betrieb, am meisten Nachfrage nach Arbeitern hatte, die nun aus der Landsberger Gegend, aus Oberschlesien, Ostpreußen und Pommern kolonnenweise dahin zogen. Die Zahl dieser inländischen Sachfengänger (man verucht jetzt im Osten wieder vielfach, diese Institution neu zu beleben) nahm in dieser Zeit, in der keine Ausländer zugelassen wurden, von Jahr zu Jahr rapid zu, auch andere östliche Provinzen zogen an, mit den Sachfengängern von Jahr zu Jahr mehr zu arbeiten. Die Leute siedelten sich an, selbständig oder als Einlieger, der freie Landarbeiter vermehrte sich. Dann wurde im Anfang der neunziger Jahre die Grenze für die ausländischen Arbeiter geöffnet. Die zu Tausenden angelammeten Arbeiter an der russischen Grenze strömten nun zu uns herein, um hier Arbeit zu suchen. „Die ausländischen Arbeiter boten sich billig an, daß man es niemand verdenken konnte, zuzugreifen. Die Landsberger usw. waren gewohnt, unter teurem Lohn zu arbeiten. Ich habe mit ihnen anfangs der achtziger Jahre gearbeitet. Sie bekamen damals einen höheren Akkordlohn, als heute bei den gesteigerten Lohnverhältnissen die Landarbeiter erhalten. Für die Abwertung des Getreides zahlte man das sechzehnte Korn oder die sechzehnte Stiege. Wer möchte das heute ausgeben? Dieser hohe Lohn war damals der Ansporn, daß möglichst viele Menschen in die deutsche Wanderarbeiterschaft hineindrängten. Nun aber kam das billige Angebot der Ausländer, die den deutschen Landarbeiter ersetzten. „Es gibt viele Befürworter, die nur noch so viel eigene Leute haben, daß sie damit ihren Bedarf an Knechten und Viehfüttern decken können. Sie haben schon Winterknechte. Die ganze deutsche Landwirtschaft wird russisch. Wenn wir alle die Güter zusammenrechnen, die Russen beschäftigen, dann gibt das bei uns in Deutschland eine ganze Provinz, die manchenleer ist. Und nach meiner Meinung machen doch gesunde und tüchtige Menschen den wichtigsten Bestandteil des Volkes aus.“

Herr Amtsrat Kayser warf dann die Frage auf, wie es denn komme, daß der Zug der Ausländer zu uns so groß ist. Er antwortete: „Genau so, wie das Getreide von Rußland zu uns billig hereingebracht werden kann, und, da es billiger produziert werden kann, unseren Getreidepreis herunterdrückt, so ist auch der Mensch im Auslande billiger zu produzieren. Da sind keine teure Säulen, da sind keine hohen Abgaben, aber die billigere Lebensweise. Genau so, wie das russische Getreide unserem Getreide überlegen ist, war auch schon früher vor den Wölfen immer der russische Arbeiter unserer Arbeiter überlegen; unser Arbeiter war dem russischen Arbeiter gegenüber nicht konkurrenzfähig. Nun aber kommt das Wichtigste. Was würden Sie dazu sagen, wenn der Staat, der Mitleid mit uns Landwirten haben sollte, und mit unserer Not, Arbeiter zu bekommen, ein Einsehen hätte, und jedem Ausländer eine Subvention von 200 Mk. pro Jahr gäbe, damit er leichter zu uns käme? Sie würden sagen: das ist undenkbar und ungerecht. Und trotzdem ist es so, daß der ausländische Wanderarbeiter von unserem Staat außerordentlich eine Subvention von 200 Mark jährlich bekommt. . . . Durch unsere landwirtschaftlichen und industriellen Zölle ist, was wir alle nicht bestreiten können, eine große Spannung zwischen Rußland und Deutschland in den

Lebensmitteln und allem, was damit zusammenhängt, eingetret. Diese Spannung hat bewirkt, daß bei uns die Lebensmittel und alles, was damit zusammenhängt, im Verhältnis zu Rußland gestiegen sind. Der deutsche Arbeiter muß nun aber seine Familie hier bei uns ernähren, während der russische Arbeiter seine Familie in Rußland läßt, so daß seine Familie um die Spannung billiger lebt, die durch die Zölle geschaffen ist."

"Hierauf", so fuhr der Redner fort, "kam ich einmal ganz zufällig. Als vor ungefähr sechs Jahren die Idee aufkam, man mühte die Leute seßhaft machen, dann würden sie gern bei uns bleiben, griff ich diese Idee auf und war ganz voll davon. Ich sprach mit meinen Leuten darüber, machte ihnen alles klar und redete ihnen zu, sie möchten sich seßhaft machen; sie hätten dann doch ein eigenes Grundstück. Sie machten auch ganz vergnügter Gesicht. Nach einiger Zeit, als ich sie wieder fragte, machten sie aber lange Gesichter. Ich fragte: Was ist Euch denn, warum wollt Ihr das nicht? Da erwiderten sie: Das ist eigentlich alles schon so gewesen; früher waren um Kasimirsburg herum sehr viele freie Arbeiter, die bei Ihnen seit 30 und 40 Jahren gearbeitet hatten oder noch länger, die sind aber alle weggezogen; es muß deshalb doch wohl nicht vorteilhaft sein, sich seßhaft zu machen. Dagegen ließ sich nichts sagen, die Schuldsolgerung war gar nicht schlecht. Ich sagte zu ihnen, heute ist das doch ganz anders, wir brauchen Euch und Ihr seid so lange bei mir; warum wollt Ihr diese Vergünstigung nicht annehmen? Da sagten sie, das ist ja gar keine Vergünstigung, wir bleiben lieber bei Ihnen als Tagelöhner. Als im Jahre 1896 Ihre fremden Arbeiter, die bei Ihnen herum wohnten, etwas mehr Lohn wollten, wollten Sie ihnen diesen nicht bewilligen, da Sie ja billiger Arbeiter durch die Russen zur Verfügung hätten. Das stimmte, meine Herren, die Leute wußten doch alles genau. Die Forderungen waren damals nicht einmal sehr hoch. Ich war aber noch ein junger Kerl und dachte, denen wirst Du schon ein Karoli bieten. Ich nahm also die Russen. Da sagten die Leute, die so lange bei mir in der Nähe als freie Arbeiter gewesen waren, was. Weshalb habe ich die Russen genommen? Weil ich keine Arbeiter hatte? Nein, weil die Russen mir billiger schienen. Deshalb wollte ich den höheren Lohn nicht geben. Heute hat sich der Lohn beider Kategorien so geändert, daß man kaum unterscheiden kann, welche Leute uns teurer werden. Nun sagten meine Leute — und sie hatten recht —: Wenn wir uns ansiedeln und wir einmal etwas mehr Lohn haben möchten, dann würden Sie wahrscheinlich doch wieder zu ausländischen Schmittern greifen. Ja, sagte ich, Leute, wenn Ihr zu anspruchsvoll seid, und ich glaube, daß ich mit den Ausländern billiger arbeiten kann, werde ich es wahrscheinlich tun. Und da sagten sie: Dagegen können wir nichts machen, die Russen arbeiten viel billiger als wir; also können wir uns nicht seßhaft machen. In unserer Gegend kann man die Leute bitten, sie möchten sich seßhaft machen, und man kann ihnen noch ein paar Morgen Land schenken wollen, sie tun es nicht. Und wo sie es getan haben — ich kenne Güter, die ebenfalls dabei heringefallen sind — da drängen die Leute aus diesen Stellen wieder heraus, obwohl sie mit großer Liebe und Güte angesiedelt waren. Es handelt sich hierbei aber immer nur um reine Landarbeit."

In derselben Zeit kam ich eines Tages zum Rietendreschen und unterhielt mich mit meinem Vorkämmerer. Es war vor fünf Jahren. Er wohnte bis dahin bei Landsberg und holte die Schmittler aus Rußland. Ich fragte ihn Verschiedenes und aus seinen Worten ging hervor, daß er in Rußland wohnte. Ich sagte: Hören Sie einmal, wohnen Sie in Rußland? Ja, ich wohne in Rußland! Na, wie können Sie als Deutscher nach Rußland ziehen? Na, das machen wir alle so. Ich sagte: Na, wie kommt denn das? Da sagte er: Warum soll ich das nicht mitnehmen? Ich wohne ja mit meiner Familie in Rußland viel billiger und verdiene deshalb hier doch genau dasselbe. Meine Herren, das ging mir durch den Kopf, und seitdem habe ich versucht, die Sache zu ergründen. Ich fragte ihn noch einmal: Tun denn das auch sonst Leute? Jawohl, das tun auch sonst Leute, nicht bloß die Vorkämmerer. Warum denn? Sie leben doch so besser, sie haben nicht so viel für ihren Lebensunterhalt auszugeben."

Nun habe ich mit den Vorkämmerern und anderen Leuten geredet und da sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Familie in Ruß-

land, wenn sie dasselbe isst und trinkt, und ebenso wohnt, ungefähr um 200 Mark im Jahr billiger leben kann als in Deutschland. Um diese 200 Mk. sind die Russen also den Deutschen überlegen. Unsere deutschen Arbeiter sind infolgedessen den Russen gegenüber nicht konkurrenzfähig. Das sind die verstedten 200 Mk., von denen ich vorher sprach und damit eine Subvention für die ausländischen Wanderarbeiter."

So schildert ein ostelbischer Landwirt, eine Autorität der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, so hebt die „Frankf. Zn.“ hervor, die Wirkungen unserer Wirtschaftspolitik. Der Schutz der nationalen Arbeit bedeutet in Wirklichkeit eine Reichs-Subvention für Land-Entvölkerung, er macht die deutsche Landwirtschaft russisch, weil er den deutschen Arbeiter konkurrenzunfähig macht. Einen besseren Zeugen konnten wir uns nicht wünschen!

### Ein gelber Schwäger.

Ende Juli tagte in Hamburg der sogenannte Hauptausschuß nationaler Arbeiterverbände Deutschlands „wirtschaftsfriedlicher Richtung“. Auf dieser Tagung hielt der stellvertretende Vorsitzende Geuer eine Art Programmrede über Berechtigung und Notwendigkeit einer wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung, die deutlich die Zusammenhänge dieser nationalen Arbeiterverbände mit der gelben Arbeiterbewegung zeigt, wie denn ja auch der Bund deutscher Werkvereine die Kerntruppe der im Hauptausschuß zusammengeschlossenen Vereinsbildungen ist. Die „Soz. Brar.“ hebt aus dieser Rede die auffällige Tatsache hervor, daß Geuer in seiner Rede nicht so sehr den Gegensatz seiner Vereine gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hervorhob, als vielmehr den gegen die älteren Gewerkschaftsrichtungen, insbesondere der Christlichen und Christ-Deutscher, die er beide mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften in einen Topf warf. Beide seien Schlepptreuer der sozialdemokratischen Gewerkschaften und damit der politischen Sozialdemokratie, die sich gemeinam betätigten mit den „Genossen“ zur Erreichung des sozialdemokratischen Endziels. Mit das ein Schwach! Nur ein Mann von so unergründlich tiefer Unkenntnis der Arbeiterbewegung kann so ein dummes Zeug verzapfen. Wie ungeheuerlich in diesem Kopfe die Auffassung von Freiheit und Recht sich darstellt, geht aus seinem Verlangen hervor, daß der Staat von seiner Macht, die ihm das Recht gäbe, Gebrauch machen und die Gewerkschaften auflösen müsse, sofern durch ihr Kampfesweise das Unternehmertum, die Arbeiterkraft und die gesamte Volkswirtschaft weiterhin beunruhigt und in ihren Lebensinteressen gefährdet würden.

Ein anderer Redner prahlte mit den großen Leistungen bei niedrigen Beiträgen. Das ist nun weiter kein Wunder. Organisationen, die Verzicht leisten auf den praktischen Gebrauch des Koalitionsrechts und sich von den Unternehmern beschenken lassen, können mit geringen Beiträgen sehr wohl auskommen.

Die Frage der Volksversicherung wurde erörtert. Die Gelben beschloßen, sich an die „öffentlich-rechtliche“ Volksversicherung anzuschließen. Das war von vornherein vorauszusetzen. Ihr breitpuriges Auftreten in den ersten vorbereitenden Versammlungen ließ das deutlich genug erkennen. Umher Vorlesender hat in einer dieser Versammlungen kein Ehl daraus gemacht, daß die Deutschen Werkvereine bestimmt nicht dahin gehen würden, wohnen sich die Gelben wendeten, mit ihnen möchten sie nicht unter einem Dache wohnen. Wir Werkvereiner stehen daher im Bündnis mit der Volksversicherungsgesellschaft. A. G., denn mit einer Versicherung, bei der die Gelben mitmachen, wollen wir nichts gemein haben!

Der Hauptausschuß nahm merkwürdigerweise auch Stellung gegen die „wilden, nationalen und wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen“. Die keine anderen Zwecke verfolgen als von Unternehmern Geld zu erlangen, und sich nach einer gewissen Zeit auflösen und spurlos untergehen. Sie scheint der Brotneid das Motiv für diesen Beschluß zu sein.

Die „Soz. Brar.“ hebt mit Recht hervor, daß dieser Beschluß nach zwei Richtungen schreie. Er zeige einmal, daß der gelbe Boden leicht dazu führe, daß die Arbeitgeber mit zweifelhaften Gründen darauf Anspruch zu nehmen; unternehmen und ferner, daß die Gelben die Zersplitterung der Stofkraft der nationalen Arbeiterbewegung, die längst vor ihnen auf unabhängigen

Bahnen im Gange war und die sie eben durch ihr Vorgehen gegen die Christlichen und Christ-Deutscheren Gewerkschaften bewirkt hemmen, bereite selbst als eine bedenkliche Schwäche bei der Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung empfinden.

Dieses zutreffende Urteil des hochangehenden sozialpolitischen Blattes enthebt uns der Pflicht, gegen den gelben Schwach auch nur ein Wort zu verschwenden.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 29. August 1913.

**Werkarbeiterbewegung.** Die Wiederaufnahme der Arbeit auf den drei Stettiner Werften hat am Mittwoch, den 27. August, begonnen. Die Vereinigung der Eisenindustriellen ließ am 26. August erklären, daß, nachdem sämtliche Arbeiterkategorien sich bereit gefunden hatten zur Wiederaufnahme der Arbeit durch den Arbeitsnachweis in dem angeforderten Umfang, die Arbeiterannahme für die Stettiner Werften am Mittwoch, den 27. August, wieder geöffnet werde. Bekanntlich hatten sich auch die Hamburger Werkarbeiter einschließlich der Holzarbeiter bereit erklärt, die Arbeit durch den Arbeitsnachweis wieder aufzunehmen. Die Holzarbeiter der Werften an der Lintzeweier aber bestanden nach wie vor darauf, daß sie ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises der Unternehmer zur Arbeit zurückkehren können.

Am Donnerstag Nachmittag haben nun auch die Holzarbeiter von Bremerhaven beschlossen, die Arbeit durch den Arbeitsnachweis aufzunehmen. Am heutigen Freitag bringen die Holzarbeiter von Bremen in einer Mitgliederversammlung die Frage zur Entscheidung. Es fehlt dann noch die Entscheidung von Gesteinmünde. Sätten die Hamburger Arbeitgeber den Arbeitsnachweis nach dem Beschluß der Hamburger Holzarbeiter wieder geöffnet, wie es die Stettiner getan haben, dann würde wohl auch an der Unterweier die Wiederaufnahme der Arbeit beilehnt worden sein.

**Eine Neuregelung der Steuerleistung bei unverändelter Arbeitslosigkeit** soll bei der bevorstehenden preussischen Steuerreform dadurch erfolgen, daß der Nachweis einer 10wöchigen Arbeitslosigkeit, der bei gewerblichen Arbeitern im Gegensatz zu andern arbeitslosen Steuerpflichtigen verlangt wurde, in Zukunft nicht mehr notwendig ist. Die Frage wird künftig für alle Instanzen einheitlich in der Weise geordnet werden, daß der Steuernachweis, der bei gewerblichen Arbeitern im günstigen Falle erst nach vier Monaten eintritt, in Zukunft sofort eintritt. Wird der Nachweis erbracht, daß innerhalb des Steuerjahres infolge Fortfalls einer Verdienstquelle oder durch Arbeitslosigkeit oder außergewöhnliche Unglücksfälle das verlangte Jahresinkommen des Steuerpflichtigen sich um mehr als den fünften Teil verringert hat, so kann vom Beginn des Monats ab, der auf den Eintritt der Einkommensverminderung folgt, für das betreffende Steuerjahr eine dem noch verbliebenen Jahresinkommen entsprechende Ermäßigung des Einkommensteuerbetrags verlangt werden. — Hierzu bemerkt „Der Arbeitsmarkt“, dem wir die vorstehende Notiz entnehmen: Damit ist ein bedeutender Fortschritt erzielt. Gegenwärtig kann diese Ermäßigung bei allen Steuerpflichtigen außer den gewerblichen Arbeitern eintreten, die dadurch naturgemäß benachteiligt waren. Die Neuregelung bedeutet für diese also eine bemerkenswerte Verbesserung. Die neue Fassung wird im Einkommensteuergesetz festgelegt werden.

**Schadenspflichtig** machte das Landgericht in Erfurt drei dem sozialdemokratischen Brauereiarbeiterverband angehörende Mitglieder dafür, daß sie einen Mäzger, der ihrer Organisation nicht beitreten wollte, aus dem Betriebe verdrängten, der seitdem keine Arbeit wieder fand. Die drei mußten dem bankrottierten Arbeiter 1130 Mark zahlen. Das Landgerichtsurteil wird ausdrücklich als Teilurteil bezeichnet. Dem Kläger bleibt es bei weiterem Schaden überlassen, wieder klagbar zu werden. Das Oberlandesgericht in Hamburg hatte als höchste Instanz sich dahin ausgesprochen, daß die Klage auf Schadenersatz dem Grunde nach als berechtigt anerkannt wird.

Auf dem deutschen Katholikentag in Metz kam natürlich auch der Streit zwischen der Kölner und Berliner Richtung in der Gewerkschaftsfrage zur Sprache. Der Papst hatte bekanntlich die katholischen Fachabteilungen gelobt und die christlichen

Gewerkschaften getadelt. Bis zur Weber Versammlung ergingen sich diese beiden Richtungen in bestigen Auseinandersetzungen. Der Vorsitzende des Katholikentages glaubt nun einen Frieden von Weib in diesem Streite errichtet zu haben. Fritz Löwenstein nannte die Gewerkschaftspropaganda des Papstes eine „Tat apostolischer Weisheit“ und schloß seine Rede mit den Worten:

„Wir danken dir, Heiliger Vater, für dieses Wort zur rechten Zeit, und wir wollen es befolgen. (Langanhaltender Beifall und Zustimmung.) Wir bitten dir ab allen Stummer, den wir dir, ohne es zu wollen, bereitet haben mögen, und versprechen dir, dich in schweren Zeiten zu trösten durch fröhlichen Gehorsam gegen deine väterlichen Ermahnungen.“

Das ist eine glatte Verurteilung der christlichen Gewerkschaften durch den Katholikentag. Das Koalitionsrecht der katholischen Arbeiter Deutschlands, die in den christlichen Gewerkschaften organisiert sind, steht nach diesem „Frieden“ unter der Oberherrlichkeit des Papstes. Werden die katholischen Arbeiter der christlichen Gewerkschaften diesen „Frieden“ mitmachen? Und was sagen die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu diesem Vorgang? Danken auch sie dem Papst dafür, daß er die katholischen Arbeiter „zur rechten Zeit“ vor den sittlichen und religiösen Gefahren im Umgang mit ihren evangelischen Kameraden gewarnt hat?

Ist es nicht gerade in heutiger Zeit unbegründet, daß sich gewerkschaftliche Organisationen so in den Bann kirchlicher Oberhoheit zwingen lassen? Niemand hat es vorher in der Hand, ob er von katholischen oder evangelischen Eltern geboren sein will. Eine Organisation, die die Interessen der Arbeiter wahrnehmen will, muß sich frei wissen von jeder konfessionellen Gegenständlichkeit. Wer den nützlichsten Frieden in einer nationalen Arbeiterbewegung will, soll sich hüten, in diese Fragen des Genußes hineinzureden. Jeder soll sein Genußleben auch in religiösen Dingen betriebligen, mit den Aufgaben einer gewerkschaftlichen Organisation solle es nichts zu tun haben.

**Arbeiterbewegung.** Die Lohnbewegung der Arbeiter in Berlin wird voraussichtlich zu einer Arbeitsniederlegung führen. Die Arbeitgeber haben beschlossen, die Forderungen der Gewerkschaften und der Heimarbeiter in der Holzbranche nicht zu bewilligen. — Die Steinseger in Berlin haben den Unternehmern Forderungen auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung überreicht. Verlangt wird bei der Tarifverneuerung ein Stundenlohn für Hilfsarbeiter von 45 Pfg. und eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden. Auch die Steinseger verlangen erhöhte Affordbühne. — Die Former und Gießerarbeiter in den Kupferwerken zu Widau (Sachsen) sind wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. — In Grünberg (Schlesien) haben die Arbeiter der Kognakfabrik von A. Buchholz die Arbeit niedergelassen, weil die geforderte Lohnzulage von wöchentlich 1 Mk. nicht bewilligt wurde. — Zur Beilegung der Lohnbewegung im Messergewerbe zu Karlsruhe (Baden) finden Verhandlungen vor dem dortigen Gewerbeamt statt. — Die Lohnbewegung der organisierten Glasergehilfen in Saalfeld ist beendet. Es wurde ein Tarifvertrag vereinbart, der den Arbeitern verschiedene Zugeständnisse bringt. U. a. erfahren die Löhne eine entsprechende Aufbesserung, indem der Stundenlohn mit sofortiger Gültigkeit um 3 Pfg. erhöht wird. Ein weiterer Zuschlag in gleicher Höhe erfolgt am 15. August 1914, während eine Lohnerhöhung um weitere 2 Pfg. für den 15. August 1915 vorgezogen ist. — Die Hand- und Fußarbeiterinnen in Johannisberg (Frankfurt) schlossen mit den Fabrikanten einen Tarifvertrag ab, welcher ihnen eine Lohnerhöhung von 6—18 Prozent zusicherte.

Die sozialdemokratischen Provinzial- und Kreisparteitage beschäftigen sich jetzt mit den Vorbereitungen für den Parteitag und behandeln hierbei auch die Frage des Massenstreiks. Auf dem Parteitag der Provinz Brandenburg sprach sich der Abg. Wehls-Berlin mit aller Entschiedenheit gegen den Massenstreik aus, während Abg. Dr. Karl Liebknecht sich für den Generalstreik erklärte. Abg. Neus-Dessau und Brücker-Berlin wandten sich lobhaft gegen die Anschauungen Liebknechts.

Auf der Kreisgeneralversammlung für Teltow-Beeskow sprach sich der Sekretär des Wahlkreises, Bagels, ebenfalls gegen den Massenstreik aus, den er für praktisch undurchführbar hält. Die Theoretiker der Partei, die

Rechtsanwälte, Schriftsteller und Redakteure hätten doch zu wenig Urteilsfähigkeit über die praktische Durchführung eines Massenstreiks, als daß man ihrer sich schamlos ausmalenden Theorie ohne weiteres Gehorsam leisten könne. Trotzdem wurde hier ein Antrag, dem Parteitage eine Resolution zur Propagierung des Massenstreiks vorzulegen, angenommen.

Der Wirrwarr über die Massenstreikfrage kann also kaum noch größer werden. Die gewerkschaftlichen Führer verhalten sich fast ausnahmslos ablehnend zu der Forderung des Generalstreiks. Sollte doch auch schon der verstorbene Abg. Auer den Generalstreik für einen „Generalunfuh“ erklärt.

Bagels brachte auch die Maifeier zur Sprache. Mit den Maifeiern habe man bisher gar keinen Erfolg gehabt. 1914 feire die Maifeier zum 25. Male wieder, doch solle man dieses „Rubiläumjahr“ dazu benutzen, um mit der Feier ein Ende zu machen, deren Erfolg in gar keinem Verhältnis zu den aufgewandeten Opfern stehe. Die Maifeier sei nun einmal ein Leichnam, der in jedem Jahre künstlich galvanisiert werden müsse, um wieder zum Leben zu erwachen. Der allgemeine Stillstand in der Parteiorganisation, der nun einmal nicht wegzulernen sei, beruhe auf einer gewissen Vereinsmeierei, die neuerdings Platz gegriffen habe und die Genossen von echter Arbeit abhalte. Durch ihre Vertilgung an geistlichen und sportlichen Vereinigungen würde der Partei viel Arbeitskraft entzogen. Es sei auch nicht zu leugnen, daß in Arbeiterkreisen die Kenn- und Bekleidungsfrage immer weiter um sich greife, die viele wertvolle Kräfte zunichte mache.

Das sind ja schöne Erziehungsresultate!

**Arbeitervorlesungen der Humboldt-Akademie in Berlin.** Für die Herbstvorlesungen hat sich ein aus Mitgliedern der Gewerksvereine und anderen Arbeitern und Angestellten zusammengesetzter Hörer-ausschuß gebildet, der einen Aufruf an alle Kollegen und Kolleginnen richtet, die sich ihrer wissenschaftlichen Fortbildung widmen wollen, die Arbeitervorlesungen der Humboldt-Akademie zu besuchen. Die Humboldt-Akademie will mit den Arbeitervorlesungen Männern und Frauen aus der Arbeiterklasse Gelegenheit geben, große Gebiete der Wissenschaft in völlig gemeinverständlicher Form und unter selbsttätiger Mitarbeit der Hörer, Anfragen, freie Aussprache und schriftliche Anmerkungen kennen zu lernen. Besondere Vorlesungsbilder bedarf es nicht. Der Beginn der Vorlesungen ist auf Montag, den 13. Oktober, und Dienstag, den 14. Oktober, festgesetzt. Sie finden statt an 5 Abenden im Oktober und November mit je 2 Stunden, und zwar in der landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 42, und im königlichen Gymnasium, Elisabethstraße 57-58. Zeit: abends 8—10 Uhr. Im königlichen Gymnasium behandelt Herr Dr. W. Brandis die Rechtsfragen des täglichen Lebens. Die Vorlesungen beginnen am 13. Oktober, 8 Uhr abends. — In der landwirtschaftlichen Hochschule beginnen die Vorlesungen am Dienstag, 14. Oktober, abends 8 Uhr. Hier spricht Herr Dr. W. Splittstößer über „Berlin deutscher Dichtkunst“. Ein weiterer Kursus beginnt am Donnerstag, den 16. Oktober, im königlichen Gymnasium mit Vorlesungen von Herrn Dr. Wolff-Eißner über „Allgemeine Gesundheitslehre (Krankheitsverhütung)“. Ueber „Was muß der Bürger vom Staate wissen“ (Staatsbürgerkunde) trägt Herr Dr. Burdinski in der landwirtschaftlichen Hochschule vor, und beginnen hier die Vorträge am Freitag, den 17. Oktober. Die Vorlesungen sollen für das ganze Semester nur 1 Mk., so daß die Stunde mit nur 10 Pfg. honoriert wird. Namentlich welche Nebenkosten sind mit dem Besuch der Vorlesungen nicht vernünftig. Junge Leute, beiderlei Geschlechts, wie auch verheiratete Männer und Frauen, können an diesen Vorlesungen teilnehmen. Wer den ersten Willen hat, an seiner Fortbildung zu arbeiten, sollte es als seine Pflicht ansehen, wenigstens einer dieser Kurse zu besuchen. Anmeldungen und Kartenerwerb für alle Vorlesungen erfolgen am 22. September und 6. Oktober in der Lehrstätte königlichen Gymnasium, Elisabethstr. 57-58 und am 23. September und 7. Oktober in der landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 42, von 8—10 Uhr abends.

**Hirsch-Dundersche oder christliche Gewerkschaften?** bezieht sich ein Flugblatt, das unter Gewerksvereine der Textilarbeiter zur Aufklärung an

die gesamte Textilarbeiterchaft herausgegeben hat. Das Flugblatt enthält reiches Material gegen die Kampfesweise der Christlichen. Es stellt sich dar als eine Antwort auf ein Flugblatt gegen den Gewerksverein der Textilarbeiter. Das Bureau unieres Gewerksvereins der Textilarbeiter in Spremberg i. L., Wilhelmplatz 1, ist gern bereit, dieses Flugblatt zu versenden. Zwei weitere neue Flugblätter, „Ein Mahnwort an die Arbeiter in den Papierfabriken“ und „Koalitionsarbeiter erkenne deine Lebenslage!“ hat jedoch der Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter, Burg b. Magdeburg, Grünstr. 13 d, herausgegeben. In solchen Gewerksvereinsorten, wo wir nicht in allen Berufsvereinen vertreten sind, sollten sich unsere Ortsverbände bemühen, ebenso als die Ortsvereine, die allein nur am Orte vertreten sind, neue Ortsvereine der anderen Berufe ins Leben zu rufen. Alle Gewerksvereine haben wirftames Koalitionsmaterial zur Hand. Es braucht nur der Wunsch nach solchem geäußert zu werden. Auch unser Verbandsbureau, Berlin N.D. 55, Greifswalderstr. 221/23 ist gern bereit, das einschlägige Material zur Gründung neuer Ortsvereine zu senden.

**Streikwarnungen in England.** Die Streiks der vergangenen drei Jahre haben die Kräfte der englischen Trade Unions stark angegriffen, und namentlich die Bergarbeiter-Gewerksvereine sind in einer unangenehmen Lage. Eine ernste Warnung wird in einem Zirkular ausgesprochen, das der Verband der Bergleute von Northumberland an seine Mitglieder verandt hat. Die Arbeiter, so wird darin gesagt, sollten nur streiken, wenn alle anderen Mittel zur Erreichung ihrer Forderungen ergebnislos gewesen sind, und wenn sie Mittel genug haben, um lange auszuhalten. Die Mitglieder des Verbandes haben Urabstimmungen über Streiks beschlossen, bei denen die Forderungen Nacharbeit, einen halben Feiertag am Sonnabend und die Beilegung des Dreisicht-Systems betreffen. Der Verband hat jedoch sein Konto bei der Bank bereits um Mk. 200 000 überdritten, und diese Schuld wird sich durch Mietsunterstützungen auf Mk. 320 000 erhöhen, wofür jährlich Mk. 11 200 Zinsen zu zahlen sind. Jeder neue allgemeine Streik wird Mk. 480 000 pro Woche kosten. Die Streiks können infolgedessen nur durchgeführt werden, wenn eine erhebliche Erhöhung der Beiträge erfolgt.

### Gewerksvereins-Zeil.

**Baden.** Die Hirsch-Dundersche Gewerksvereine in Baden. Zu einer Verbandsskonferenz hatten sich am Sonntag, 17. August ds. Js., die badischen Ortsvereine und Ortsverbände im Saale der Stadt Borsheim in Bretten zusammengefunden. Diesbezügliche von allen Gauen Badens mit Vertretern zahlreich besetzt. Für die Zentralstelle berichtete der Bezirksleiter Kollege Herder-Mannheim über den gegenwärtigen Stand der Gewerksvereinsbewegung in Baden. Die Mitgliederzahl betrug in Baden gegen Ende 1912 circa 4000 und verteilt sich dieselbe auf 81 Ortsvereine der verschiedenen Berufe. Zusammen hatten die Ortsvereine eine Einnahme pro 1912 von 95 301,01 Mk. zu verzeichnen. An Unterstützungen wurden zusammen im Jahre 1912 gezahlt 51 608,37 Mk. Daraus geht hervor, daß die Gewerksvereine leistungsfähig sind. — In Baden für die Interessen der Arbeiterschaft, segensreich wirken. Die genannten Zahlen sind um ein gut Teil noch höher, da 14 Ortsvereine an der Statistik nicht beteiligt sind.

Der Berichterstatter besprach die sozialpolitischen Aufgaben für die Gewerksvereinsbewegung in Baden, machte hierbei den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Pflicht, in den Ortsbehörden dahin zu wirken, daß Vorzüge getroffen wird, um der durch die bevorstehende Krisis entstehenden Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen zu steuern. Er berührte die bevorstehenden Krankenkassenwahlen, an denen sich die Ortsvereine unbedingt beteiligen müssen. Seine weiteren Ausführungen galten in einigen wackelnden Worten den Grundtendenzen der S.-D. Gewerksvereine in der Arbeiterbewegung und im öffentlichen Leben.

In einer sehr angeregten Diskussion kamen von den Vertretern die Arbeiterverhältnisse der verschiedenen Gegenden zur Sprache. Ueber die tieftraurige, geradezu erbärmlichen Verhältnisse der Textilarbeiter berichtete Kollege Hoff-Weilberg. Ihren einheitlichen Willen gab die Konferenz in nachstehender Resolution kund:

„Die am 17. August in Bretten tagende Landeskonferenz der Gewerksvereine in Baden erklärt aus Neuen, für die gesunden und idealen Bestrebungen ihrer Organisation auch in der Zukunft mit aller Kraft wirken zu wollen. Sie erblidt ihre Aufgabe in der Erreichung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den übrigen Ständen und dessen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Befugung. Dies zu erreichen stellen wir uns auf nationalen Boden. Nach dem Grundzuge: vollständig freiheitlich, auf dem Boden geistiger und politischer Freiheit wollen wir in der Gegenwart dem Arbeiterstand ein besseres Los erkämpfen. Wir sind der Meinung, daß im heutigen Zeitalter der Großindustrie und der Konzentration der Güter und des Kapitals eine willkürliche Ausbeutung der Arbeiterschaft sowie eine den modernen, allgemein sittlichen und freien

Auffassungen widerstrebende Abhängigkeit der Arbeiter und Angelernten...

Den Ortsvereinen und Ortsverbänden wird zur besonderen Pflicht gemacht, ihren Einfluss in den sozialen und kommunalen Körperschaften geltend zu machen...

Verbands-Teil.

Frauen-Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (G.D.)

Monat Juli 1913. Bauhandwerker: Viequig 3,25, Merseburg 1,30, Pasewalk 8,32...

Einzelmitgl. 1006 2,08, 482 1,17, 709 1,04, 990 2,34, 1000 1,17, 374 2,34, 1575 2,80, 28 und 1874 1,05...

Berlin, im August 1913. R. Klein, Verbandstaschner. F. Neufeldt, Haupt-Kontrolleur.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerksvereine (G.D.). Verhandlung der Deutschen Gewerksvereine...

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertreter-Eröffnung...

Hamburg (Ortsverb.). Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Bichhof“...

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Eiberfeld (Ortsverb.). B. Biegler, Vorsitzender, Barmen, Ehrlichstr. 32. E. H. Bösch, Schriftführer...

Literatur.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache...

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Nach Genehmigung durch das Kaiserliche Aufsichtsamt können auch die männlichen Mitglieder der uns angehörenden Gewerksvereine...

Table with 4 columns: Versicherungsbegräbnisgeld, Stufe I, Stufe II, Stufe III. Rows a) 100, b) 200, c) 300, d) 400, e) 500.

Da unser Aufnahmegebiet sich durch die Höhe der Versicherung bis zu 500 Mark, sowie durch die Berechtigung, auch männliche Mitglieder aufzunehmen...

Der Vorstand der Begräbniskasse des Verbandes. R. Käfer, Vorsitzender. R. Klein, Hauptkassierer.

Strebsamen Gewerksvereiner

find folgende soeben erschienene Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge...

Hamburg-Altona: Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterstufung...

Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Unterstufung...

Potsdam (Ortsverband). Die Unterstufung an durchreisende Kollegen wird ausgegahlt beim Ortsverbandstaschner...

Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Katharinenstraße 2/3 II.

Posen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstufung...

Hamm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterstufung...

Erling (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reiseunterstufung 75 Pfg. bei H. Zimmermann...

Sachsen (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Reisegeld von 75 Pfg. beim Raff. Wilhelm Wagner...

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Reisegeld...